

Abstimmung vom 23.9.1990

Denkpause statt Sofortausstieg: Ja zum Moratorium beim Atomkraftwerksbau

Angenommen: Volksinitiative «Stopp dem Atomkraftwerksbau (Moratorium)»

Brigitte Menzi

Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.

Empfohlene Zitierweise: Menzi, Brigitte (2010): Denkpause statt Sofortausstieg: Ja zum Moratorium beim Atomkraftwerksbau. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 472–473.

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Noch unter dem Eindruck des verheerenden Reaktorunfalls im sowjetischen Tschernobyl lancieren Atomkraftgegner 1986 gleich zwei Volksbegehren mit ähnlicher Stossrichtung: Während die SP-Initiative «für den Ausstieg aus der Atomenergie» die schrittweise Stilllegung bestehender Atomkraftwerke fordert (vgl. Vorlage 365), verlangt die Initiative «Stopp dem Atomkraftwerkbau» lediglich ein Moratorium für den Bau neuer Anlagen. Urheber dieses Volksbegehrens ist das Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA), das von rund 200 atomkritischen Organisationen unterstützt wird. Die Initiative verlangt, dass während zehn Jahren keine Bewilligungen für neue Einrichtungen zur Erzeugung von Kernenergie (Kernkraftwerke oder Heizreaktoren) erteilt werden dürfen. Das Begehren richtet sich zunächst gegen den Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst, für das die eidgenössischen Räte 1985 eine Rahmenbewilligung genehmigen. Auf das umstrittene Projekt wird schliesslich verzichtet. Dennoch beschliessen die Initianten mit Blick auf die noch zur Diskussion stehenden Neubauprojekte Graben und Verbois, ihre Forderungen nicht zurückzuziehen.

Der Bundesrat beantragt dem Parlament die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Er gibt unter anderem zu bedenken, dass ein zehnjähriges Moratorium die Weiterentwicklung der Kernenergie erschweren und die Schweiz von technologischen Neuerungen ausschliessen würde. Im Parlament zeichnet sich ein Konflikt zwischen links und rechts ab. Während die Bürgerlichen die Initiative mehrheitlich ablehnen, wird sie von links unterstützt. In der Schlussabstimmung lehnt der Nationalrat die Vorlage mit 85 zu 59 Stimmen, der Ständerat mit 33 zu 7 Stimmen ab.

GEGENSTAND

Die Initiative verlangt im Detail, dass für die Dauer von zehn Jahren keine Rahmen-, Bau-, Inbetriebnahme- oder Betriebsbewilligungen für neue Einrichtungen zur Erzeugung von Atomenergie erteilt werden dürfen. Als neu gelten dabei derartige Einrichtungen, für die bis zum 30. September 1986 die bundesrechtliche Baubewilligung nicht erteilt worden ist.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Der bereits im Parlament sichtbar gewordene Links-rechts-Graben spiegelt sich auch in den Parolenfassungen der wichtigsten Parteien und Verbände wider: Ein Ja empfehlen SP, LdU, EVP, PdA, GPS, SD und die grossen Gewerkschaften. Für ein Nein werben FDP, CVP (mit vier abweichenden Kantonalparteien), SVP, LPS, EDU, AP sowie SGV und SBV. Während die Initiativgegner eine Kampagne entlang den Hauptargumentationslinien Umweltschutz (Atomkraft als saubere Energiequelle), Abhängigkeit vom Ausland (dann lieber eigene Atomkraftwerke), Wirtschaftlichkeit und Elektrizität (Schwierigkeit der Substitution) führen, verweisen die Befürworter auf die Risiken der nuklearen Energiegewinnung und die Vorteile eines schrittweisen Atomausstiegs. Gemäss dem Initiativkomitee ermöglicht das Moratorium einen behutsamen Richtungswechsel in der Energiepolitik, ohne im Fall einer tatsächlichen Versorgungslücke die Rück-

kehr zur Atomenergie gänzlich auszuschliessen. Für den Bundesrat ist jedoch ein Ausstieg «im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu verantworten» (Erläuterungen des Bundesrates).

ERGEBNIS

Bei einer Beteiligung von 39,2% nimmt das Schweizer Stimmvolk am 23. September 1990 die Initiative «Stopp dem Atomkraftwerkbau» (Moratorium) mit einem Mehr von 54,5% an. Wie eine Nachbefragung zeigt, wird die Vorlage vor allem von Sympathisanten der Linksparteien und den Jüngeren angenommen. Überdurchschnittlich hohe Jastimmenanteile weisen das Tessin und die grossstädtischen Agglomerationen auf. Überwiegend Nein sagten die Sympathisanten der rechten Parteien sowie ältere Stimmende und die Landbevölkerung. Als Motiv nannten die Zustimmenden neben den Risiken der Atomenergie vor allem den Wunsch nach einer zehnjährigen Denkpause. In dieser Zeit solle die vermehrte Anwendung von Alternativenergien erforscht werden. Die Ablehnenden befürchteten eine Versorgungslücke und sahen keine Alternative zu Strom aus Atomkraftwerken. Sowohl beim Moratorium als auch bei der Ausstiegsinitiative (vgl. Vorlage 365) stimmten die Männer gemäss einer Nachbefragung zum Urnengang deutlich atomfreundlicher als die Frauen.

QUELLEN

BBI 1989 II 1; BBI 1990 I 1596. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1980 bis 1984: Energie – Kernenergie. Vox Nr. 4.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website www.swissvotes.ch.